

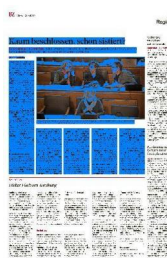


## Kaum beschlossen, schon sistiert?

**Steuersenkungen im Kanton Bern** In der Krisensituation will die vorberatende Kommission die beschlossenen Steuererleichterungen für Unternehmen auf den Prüfstand stellen.



Motionärin Ursula Marti (links) während der Debatte über die Steuerstrategie im Grossen Rat 2018 mit den SP-Fraktionsmitgliedern Nicola von Greyerz (Thun) und Roland Naef (Bern). Foto: Franziska Rothenbühler

**Chantal Desbiolles**

Gerade mal zwei Monate ist es her, da hat das Kantonsparlament beschlossen, bei den rekordhohen Gewinnsteuern für Firmen und den hohen Einkommenssteuern für Private Gegensteuer zu geben. Um 40 Millionen sollten die Unternehmen und mindestens 30 Millionen Franken private Steuerzahler im Budget 2021 entlastet werden.

Darauf könnte der Grosse Rat nun wieder zurückkommen.

Denn die Ratslinke fordert, die Unternehmenssteuern in der aktuellen Situation nicht zu senken. Unterstützt wird sie dabei naturgemäss von den Grünen – und nun bietet auch die Finanzkommission unerwartete Schützenhilfe. Mit einer knappen Mehrheit hat das vorberatende Gremium entschieden, die Finanzmotion der Stadtberner SP-Frau Ursula Marti in der weniger verbindlichen Form des Postulats zu überweisen.

Die knappe Mehrheit argumentiert dahingehend, dass wegen der massiven finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise schon jetzt ein Zeichen gesetzt werden müsse. Der Kanton könne sich vor diesem Hintergrund die geplanten Mindereinnahmen nun doch nicht leisten.

Die Minderheit der Kommission hält dagegen, dass ein solcher Entscheid zum jetzigen Zeitpunkt nicht nötig sei. Er wäre ein falsches Signal an die Unternehmen in einer schwierigen Zeit.

**Bürgerliches Abwarten**

Die Diskussion im Parlament ist programmiert, auch wenn sie

in den Fraktionen zu diesem konkreten Vorstoss bisher noch nicht stattgefunden hat. Unsere Umfrage bei den Parteien zeigt, dass an ihrer Haltung in Steuerfragen die Krise bisher nicht gerüttelt hat.

Für die GLP steht fest, dass sie hinter der Steuerstrategie steht, wie Fraktionschef Luca Alberucci (Ostermundigen) betont. «Es geht nicht darum, Geschenke zu machen, sondern den Wirtschaftsstandort Bern zu fördern. Das wird sich dynamisch auszahlen.» Unter der Annahme, dass diese Krise nicht ewig dauere und sich die Situation ökonomisch bald bessere, bleibe es dabei: Eher ist die GLP bereit, über eine temporäre Lockerung der Schuldenbremse zu diskutieren, als auf die Entlastung der Unternehmen zu verzichten. Bereit, diese Position zu überdenken, sei er allerdings, wenn sich die Krise über eine zweite Welle verlängere.

Das falsche Signal sieht SVP-Fraktionschefin Madeleine Amstutz in dieser neuerlichen Forderung. Aus Sicht ihrer Partei müsse diese Unternehmenssteuersenkung erfolgen, just in dieser Zeit. «Alle Betriebe kämpfen um das Überleben und versuchen aktuell Arbeitsplätze zu sichern. Wir müssen also im Gegenteil jetzt die Wirtschaft wieder in Schwung bringen.»

FDP-Mann Adrian Haas relativiert als Mitglied der Finanzkommission: Es sei weder ein Entscheid für noch gegen die leichte Anlagensenkung für Unternehmen gefallen. Den Entscheid seiner Fraktion könne er nicht vorwegnehmen. Er geht aber davon aus, dass die FDP ab-

warten «und nicht vorsorglich den Rückwärtsgang einlegen will». Man müsse erst sehen, wie sich die Situation entwickle, findet Haas.

Diese Haltung vertritt auch Peter Gerber seitens der BDP. «Für uns ist wichtig, dass man jetzt nicht dreinschiesst.» Er persönlich finde es in Ordnung, die Regierung zur Überprüfung anzuhalten. «Hinter einem Postulat kann ich stehen.»

Ebenfalls keine Unterstützung erhält die Motion seitens der EDU, sagt Fraktionschef Jakob Schwarz (Adelboden). Ob ein Postulat getragen werde, das entscheide sich nächste Woche.

**Zweifel auf der anderen Seite**

Auch die Grünen werden die Diskussion in ihrer Fraktionssitzung erst noch führen. Die Haltung gegenüber nicht kompensierten Steuersenkungen verstärke sich in der aktuellen Situation, stellt die Vorsitzende Andrea de Meuron (Thun) fest. Die Motion hat daher ihre volle Unterstützung.

«Steuersenkungen auf Kosten von Sparpaketen treffen grundsätzlich die sozial Schwächsten, also jene mit der kleinsten Lobby», warnt EVP-Fraktionspräsidentin Christine Schnegg (Lyss). «Wir würden noch so gerne Steuern senken, wenn sie gegenfinanziert wären.» Ein Entscheid steht auch bei der EVP noch aus. Finanzkommissionsmitglied Barbara Streit-Stettler (Bern) ist dagegen und wird das so in die Fraktion einbringen.

Alle betonen, dass als Basis für einen Entscheid erst konkrete Zahlen vorliegen müssen.